

Interfraktioneller Antrag

öffentlich

Datum	Nummer
27.08.2021	A0174/21

Absender
Fraktion Grüne/future!
Fraktion DIE LINKE

Adressat
Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

09.09.2021

Kurztitel
Zuflucht für Menschen aus Afghanistan

Der Stadtrat beschließt:

Die Landeshauptstadt Magdeburg bekennt sich dazu, Menschen aus Afghanistan Zuflucht zu gewähren, setzt sich für die Rechte von Geflüchteten ein und solidarisiert sich mit Menschen auf der Flucht.

Dazu erklärt sich Magdeburg bereit, über die Quote hinaus Menschen aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister appelliert an die Bundes- sowie Landesregierung, Programme die sowohl Schutz gewährleisten, als auch Integration ermöglichen, aufzusetzen, durch die Aufnahme und Unterbringung von Menschen in Not gesichert ist.

Der Oberbürgermeister berichtet dem Stadtrat regelmäßig über die unternommenen Schritte und Maßnahmen.

Begründung:

Die aktuelle Situation in Afghanistan ist eine humanitäre Katastrophe. Männer, Frauen, Kinder, LGBTIQ Personen, Politiker*innen und Menschen, von denen sich die Taliban hinterfragt und angegriffen fühlen, sind in Lebensgefahr. Es ist unsere humanitäre Pflicht diesen Menschen zu helfen und ihnen Zuflucht zu gewähren.

Wir als westlich privilegierte Industrienation haben sowohl die finanziellen wie auch die strukturellen Voraussetzungen Geflüchtete aufzunehmen und ihnen einen für uns selbstverständliches Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen.

Als Landeshauptstadt setzen wir damit ein Signal für ein weltoffenes, solidarisches und humanes Sachsen-Anhalt.

Nadja Lösch
Fraktionsvorsitzende
Fraktion DIE LINKE

René Hempel
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE

Madeleine Linke
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Grüne/future!

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Grüne/future!